

Der Gorleben-Treck 1979 kommt durch Hermannsburg und Celle

„Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann Feyndt wird“

Es war die bis dahin teilnehmerstärkste Demonstration gegen ein Projekt der Regierung(en) in der Geschichte der Bundesrepublik. Weit über 100.000 Menschen versammelten sich am 31. März 1979 zum Ende des „Gorleben-Trecks“ in Hannover. Wer dabei war, erinnert sich an den permanenten Nieselregen genauso wie an die schier endlose „Parade“ der Traktoren aus dem Wendland. Der hannoversche Klagesmarkt reichte nicht aus, um die dicht gedrängte Menge aufzunehmen, als der Landwirt Heinrich Pothmer von der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“ seine Rede mit den Worten „Mein lieber Herr Albrecht ...“ einleitete. Den so angesprochenen niedersächsischen Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) schien dieser Protest aus dem ländlichen Raum beeindruckt zu haben, denn: Am 16. Mai 1979 wurde das Projekt einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Gorleben begraben. Es sei „politisch nicht durchsetzbar“. Am atomaren Endlager aber hielten Landes- und Bundesregierung fest, was den Regierungen bis heute ein unruhiges Hinterland beschert.



Am Landkreis Celle war der atomare Kelch zuvor gleich zweimal vorbeigegangen. Noch unter dem Kanzler Willy Brandt hatte das Forschungsministerium 1973 die Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs Gesellschaft (KEWA) damit beauftragt, Standorte für ein so genanntes „Nukleares Entsorgungszentrum“ auszuweisen. Umfassen sollte dieses Anlagen zur Wiederaufbereitung und Konditionierung radioaktiver Abfälle und ein Endlager. In einer Studie der KEWA waren neben den Salzstöcken Lichtenmoor (bei Nienburg) und Wahn/Hümmeling (bei Papenburg) auch der von Weesen-Lutterlohn im Landkreis Celle in die engste Wahl gekommen. Vor Ort entstanden jeweils starke Bürgerinitiativen – in Celle u.a. die BI Südheide Hermannsburg –, so dass die geolo-

gischen Erkundungsarbeiten wegen des Protests abgebrochen wurden.

Die Niedersächsische Landesregierung beauftragte daraufhin einen Interministeriellen Arbeitskreis (IMAK) mit der Standortsuche. Insgesamt wurde 140 Salzstöcke in das Auswahlverfahren einbezogen. Am Ende blieben: die schon einmal benannten Salzstöcke Wahn und Lichtenmoor, neu in die engere Auswahl waren gekommen: Gorleben und der Salzstock „Mariagluck“ in Höfer. Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht benannte am 22. Februar 1977 dann Gorleben an der Grenze zur damaligen DDR. Dabei gaben weniger „fachliche“ Argumente den Ausschlag, als vielmehr – wie der ehemalige Vizepräsident des Landesamtes für Bodenforschung, Gerd Lüttig, später behauptete – der Wunsch Albrechts, „die Ostzonalen mal richtig zu ärgern“. Der Westwind hätte die radioaktiven Substanzen aus dem 200 Meter hohen Schornstein der WAA zumeist auf die andere Seite der Elbe verfrachtet. – Die vielleicht auch vorhandene Hoffnung, die Wendländische Bevölkerung würde sich weniger widerspenstig verhalten als jene an den anderen Standorten, ging nicht auf.

Im Frühjahr 1979 sollten in Gorleben die Flachbohrungen beginnen. Auf einer Konferenz in Braunschweig wurde auf Vorschlag der wendländischen Bauern beschlossen, parallel zum von der Landesregierung organisierten „Gorleben-Hearing“ einen Protest-Treck von Gorleben nach Hannover zu organisieren.

Am 14. März rückten dann mobile Bohrtrupps der „Celler Brunnenbau GmbH“ in den frühen Morgenstunden aus, um im Forst zwischen Trebel und Gartow, südlich von Gorleben, an zunächst zwei Stellen bis zu einer Tiefe von 95 Metern bodenmechanische Kernwerte zu ermitteln. – „Bohrbeginn = Baubeginn“ – unter dieser Überschrift rief die Celler Bürgerinitiative zum Schutz vor Atomenergiegefahren zur Teilnahme an einer Demonstration in Gorleben auf:

„AM 14. MÄRZ WURDE MIT DEN BOHRARBEITEN FÜR DIE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE UND ATOMMÜLLDEPONIE IN GORLEBEN BEGONNEN. Diese Wiederaufbereitungsanlage ist das Herzstück der Atomindustrie. Sie muß gebaut werden, um den Betrieb der fertiggestellten und geplanten Atomkraftwerke zu gewährleisten. Schon heute muß der Atommüll in der Asse bei Braunschweig zwischengelagert werden. Da diese Anlage gebaut werden muß, ist ihre Sicherheit für die



Betreiber von untergeordneter Bedeutung. Der Bau dieser Anlage soll gewaltsam gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden. [...] Mit den Bohrungen beginnt der Bau einer gefährlichen Anlage! Da können wir nicht tatenlos zusehen! Macht am Samstag alle den Autokonvoi nach Gorleben mit. Denn: Vorbeugen ist besser als Bohren!“ 2000 AKW-GegnerInnen protestierten auf dem Bohrgelände.

Am 25. März 79 startete dann der legendäre "Gorleben-Treck" in Gedelitz:

"Wir Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg haben uns entschlossen, einen Protest-Treck nach Hannover durchzuführen, weil wir es nicht hinnehmen, daß unser Landkreis durch die Errichtung einer Atomfabrik zerstört werden soll. Wir Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg sind empört darüber, daß die Betreiberfirma mit Billigung der Landes- und Bundesregierung mitten in einem Naturschutzgebiet gegen den Willen der Bevölkerung mit den Baugrunduntersuchungen begonnen hat. Baugrunduntersuchungen sind Baubeginn.

Wir Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg haben in den letzten Monaten - aber ganz besonders seit Beginn der Baugrunduntersuchungen - einen Polizei- und Bundesgrenzschutzeinsatz in geradezu gigantischen Ausmaßen erlebt. Indem der Staat das unrechtmäßige Vorgehen der Betreiber schützt, begeht er selber Unrecht.

Seit Monaten müssen wir uns entwürdigende Paß-



kontrollen, Bespitzelungen und Überwachungen gefallen lassen. Auf Kosten der Steuerzahler wird hier im Kreis auf allen Ebenen ein Staat im Staate installiert und finanziert, der die Bevölkerung einschüchtert und gefügig machen soll.

Wir Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg fordern daher:

1. Abzug aller Bohrfahrzeuge und Einstellung der Baugrunduntersuchungen.
2. Kein schleichender Baubeginn, d.h. keine weiteren bauvorbereitenden Maßnahmen.
3. Abzug der Kriminalpolizei, der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes.
4. Keine Kriminalisierung von Atomkraftgegnern im Landkreis Lüchow-Dannenberg und anderswo.

Wir erwarten von Herrn Dr. Albrecht, daß er mit einer großen Anzahl von Lüchow-Dannenbergern diese Forderungen am 31.3.79 in Hannover erörtert.

Die Bevölkerung des Kreises Lüchow-Dannenberg, im März 79."

Schon am Abend des ersten Trecktages in Lüchow wurden die Erwartungen übertroffen: Rund 5000 Menschen, d.h. 10 % der Landkreisbevölkerung, trafen sich zur abendlichen Kundgebung, eingerahmt von 380 Traktoren. Selbstverständlich wurden es auf den nächsten Treckstationen nach Waddewitz, Hösseringen und Uelzen weniger – es war schließlich eine normale Arbeitswoche und die Bauern mussten ihre Frühjahrseinstellung ausbringen.

Am Mittwoch, den 29. März, traf der Treck in Hermannsburg ein, wo sich rund 1000 Menschen zu einer Solidaritätskundgebung auf dem Marktplatz versammelt hatten:

„Hermannsburger BI-Mitglieder und Sympathisierende hatten bereits um 17 Uhr den Treck, dessen Route über Unterlüß führte, im Ortsteil Misselhorn empfangen und ihn durch das Spalier der Zuschauer und Anwohner durch die Straßen Hermannsburgs geleitet. Die überwiegend jüngeren Menschen waren oft erst unterwegs auf den Treck gestoßen, um, wie gesagt wurde, stellvertretend für die Bauern im Kreis Lüchow-Dannenberg, die ja an ihrer Arbeit bleiben mussten, nach Hannover zu marschieren. Im Namen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und der Treckleitung bedankte sich Frau Fritzen und Herr Mombauer für die bekundete Anteilnahme und die Aufnahme in den Quartieren. Sie erwähnten auch die großartige Gemeinschaft der Treck-Teilnehmer, die sich in dem gemeinsamen Anliegen schnell zusammengefunden hätten. [...] Die Veranstaltung wurde untermalt von den munteren Klängen der Bavener Blaskapelle, die die Treck-Teilnehmer am liebsten nach Celle mitgenommen hätten.“ (CZ, 31.03.1979)

Unter den Treckern entspann sich in Hermannsburg eine Diskussion darüber, ob es nicht sinnvoll sei, am

nächsten Tag von der geplanten Strecke abzuweichen und einen Umweg über die Gedenkstätte des ehemaligen KZ Bergen-Belsen zu machen. Da sich dies nicht mehr kurzfristig organisieren ließ, wurde beschlossen, wenigstens eine Abordnung nach Bergen-Belsen zu schicken. In Anwesenheit der Presse wurde folgende Erklärung verlesen: „Der Anti-AKW-Treck nach Hannover gedenkt der Opfer des Nazi-Regimes. Unser Kampf gegen den Atomstaat ist auch ein Kampf gegen das Wiederaufleben des Faschismus.“ (Vgl. Kommunistischer Bund (Hg.): „100000 in Hannover“, Hamburg, April 1979, S. 31)

Der Rest der Trecker reagierte auf dem Weg von Hermannsburg nach Celle auf einen bekannt gewordenen Skandal: Niedersachsens Justizminister Hans-Dieter Schwind hatte in der JVA Salinenmoor vorsorglich Platz für Demonstranten geschaffen, indem 100 Häftlinge verlegt worden waren. 80 Gefängniszellen standen jetzt für AKW-GegnerInnen bereit. In einer von der Begleitpolizei mehr oder minder geduldeten Aktion pflanzten sie einen Baum vor der Gefängnismauer. Beim Einzug des Trecks in Celle marschierten gegen Abend dann etwa 80 der Trecker mit gefesselten Händen mit.“ (Vgl. Kommunistischer Bund (Hg.): „100000 in Hannover“, Hamburg, April 1979, S. 31)

Die Celler BI zum Schutz vor Atomenergiegefahren hatte den nächsten Zwischenstopp vorzubereiten. Einzelnen Mitgliedern war es im Vorfeld im übrigen gelungen, durch die Kreisversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Celle eine unterstützende Resolution zu bekommen:

„Die Kreisversammlung unterstützt den Kampf der Bauern und der Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg gegen die Wiederaufbereitungsanlage und die geplante Endlagerung in Gorleben mit friedlichen Mitteln. Sie unterstützt ebenso die beschlossene Treckerdemonstration von Gorleben nach Hannover in der Zeit vom 26. März bis 31. März 1979, die am 29. März durch Celle führt und die am gleich Tag stattfindende Kundgebung. Weil uns das alle angeht, fordern wir von der Landes- und Bundesregierung: Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo und keine Einschränkung der durch das Grundge-



setz garantierten Organisations- und Demonstrationsfreiheit.“ (Dokumentiert im BI-Flugblatt: „Unterstützt den Treck der Gorlebener Bauern gegen die Wiederaufbereitungsanlage“)

Für die Ankunft der Treck-MarschiererInnen war zunächst eine Kundgebung auf dem Großen Plan und dann eine Abendveranstaltung im Altenceller „Allerkrug“ geplant. Mit einem Flugblatt „Treck der Gorlebener Bauern gegen die Wiederaufbereitungsanlage“ rief die BI zu einer Kundgebung in Celle auf dem Großen Plan auf:

„Am 25. März werden Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg in einem Treck nach Hannover aufbrechen, um der Landesregierung ihr NEIN zur Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie zu demonstrieren, weil die Wiederaufbereitungsanlage schon im Normalbetrieb ein Vielfaches an radioaktiver Strahlung an die Umwelt abgeben wird wie ein Atomkraftwerk. Sie sagen NEIN zur Wiederaufbereitungsanlage, weil sie keinen Atomstaat wollen, der schon heute ihren Landkreis mit Polizei und Bundesgrenzschutz besetzt [...] und ihre Existenz mit Schadensersatzklagen ruiniert, weil sie gegen Atomanlagen demonstrieren haben. [...] An diesem NEIN kann auch das Wissenschaftler-Hearing nichts ändern, das die Landesregierung auf Druck der Bürgerinitiativen auf dem Hannoverischen Messegelände veranstaltet. Wenn sie das Hearing jetzt zur Farce zu machen versucht, indem sie faktisch die Öffentlichkeit ausschließt und kritischen Wissenschaftler die Teilnahme verwehrt, weil sie die vollständige Veröffentlichung der Gutachten gefordert haben, dann bestärkt uns das in unserem NEIN.“

Die Landesregierung hat ihre Entscheidung längst getroffen: am 14.3. hat die Celler Brunnenbau GmbH (Wathlingen) mit Flachbohrungen begonnen. Bohrbeginn ist Baubeginn. Mit dem Beginn der Flachbohrungen durch die Celler Brunnenbau GmbH hat sich die Landesregierung endgültig und für jeden offensichtlich für Gorleben als Standort der Wiederaufbereitung entschieden. [...]

Und weiter hieß es in dem Flugblatt: „Übrigens: Die Treckteilnehmer werden in Celle übernachten. Da uns die Stadt Celle leider keine Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt hat, werden wir die Gorlebener Bauern und die mit ihnen marschierenden AKW-Gegner aus-

schließlich privat unterbringen müssen. Wir bitten deshalb jeden, der Schlafplätze zur Verfügung stellen kann, uns dies unter folgender Telefonnummer mitzuteilen“.

Die Städte und Gemeinden, in denen der Zug nächtliche Ruhepausen einlegt, hatten es durchweg abgelehnt, Schulen oder Turnhallen als Quartiere zur Verfügung zu stellen. In Celle wurden dem Treck sogar unverschämte Auflagen erteilt; nicht nur wurden bestimmte Straßen zur Benutzung vorgeschrieben, sondern „vor Betreten der Stadt“ wurde „Entwaffnung“ angeordnet. Man befürchtete, die Bauern könnten mit „Mistgabeln und Sensen [...], Jauche und Dung“ Unheil anrichten. Ebenso wurden „Tarnmittel“ (z.B. das Anmalen der Gesichter) verboten. (Vgl. HAZ, 28.03.1979)

In Celle versammelten sich am späten Nachmittag rund 600 Menschen auf dem Großen Plan. Die Celler Zeitung war etwas verblüfft, dass nur vier Traktoren dabei waren – und beschränkte ihr Berichterstattung auf wenige Zeilen:

„In Celle versammelten sich gestern abend ungefähr 600 Personen auf dem Großen Plan zu einer Kundgebung, die bei den Einwohnern offensichtlich wenig Aufmerksamkeit fand. Die noch recht jugendlich aussehenden Demonstranten blieben weitgehend unter sich. Nach Angaben eines Celler Polizeiführers waren es zu einem großen Teil junge Leute aus den Großstädten Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig, vereinzelt auch um welche aus Süddeutschland. Obwohl ein Polizeiaufgebot zum Schütze der Kundgebung zur Stelle war, gelang es unerkannt gebliebenen Tätern, an einer beträchtlichen Anzahl abgestellter Demonstrantenfahrräder die Reifen zu zerstechen.“ (CZ, 30.3.1979)

Hauptattraktion der Abendveranstaltung war sicherlich Walter Mossmann, ein politischer Liedermacher, der aus Freiburg stammend schon den dortigen Widerstand gegen das AKW Whyll begleitet hatte und mit dem „Lied vom Lebensvogel“ den wohl besten Song zu Gorleben geschrieben hatte. Als brisanter sollte sich die Information erweisen, die am Abend die Runde machte: Im AKW Three Mile Island im US-amerikanischen Harrisburg hatte es einen Unfall gegeben.

Dieser Unfall begann am 28. März 1979 mit dem Ausfall von zwei Speisewasserpumpen, wodurch die Ge-



fahr einer Kernschmelze ("Super-GAU") entstand. Am 30. März wurde die Bevölkerung im Umkreis zunächst über Radio zur Evakuierung aufgefordert, dies aber 2 Stunden später wieder rückgängig gemacht. Lediglich schwangere Frauen und Kinder unter sechs Jahren sollten aus einem Umkreis von 15 km evakuiert werden. Es kam zu einem absoluten Chaos, bei dem mehr als 100.000 Menschen aus der Umgebung des AKW flohen.. Erst eine Woche später, am 4. April 1979, konnte Entwarnung gegeben werden. Harrisburg war knapp an einem GAU vorbeigeschrammt. – Und auch wenn die deutsche Presse die Havarie herunterspielte, das Wort „Evakuierung“ zierte eine Karte in den ARD-Tagesthemen des 30. März. (Vgl. <http://de.youtube.com/watch?v=DGUnbsPrXZQ>) Für viele AKW-GegnerInnen war dies sicher ein letzter Anstoß, sich am Folgetag nach Hannover aufzumachen.

„Albrecht von der Leine, an der Leine, in die Leine – aber nicht alleine. Schmidt muss mit!“ Das war nur einer der vielen, vielen Sprechchöre in der an keinem Punkt übersehbaren Demonstration durch Hannover. Und nicht nur die TeilnehmerInnen hatten Spruchbänder mitgebracht, über manche Straßen waren Transparente gespannt. Trotz des Nieselregens registrierte man staunend, nicht mehr nur Teil einer radikalen Minderheit zu sein.

Von der Kundgebung dürfte den meisten Heinrich Pothmer, ein damals junger Landwirt aus dem wendländischen Teichlosen, im Gedächtnis geblieben sein, der jeden seiner Sätze mit der Anrede begann: „Mein lieber Herr Albrecht ...“ – und der mit den Sätzen endete: „Wi wult dien Schiet nich hebben. Nicht für uns und auch nicht anderswo. Niemals!“

Harrisburg stand wie ein Menetekel über der Demonstration und beherrschte auch die Schlagzeilen am darauffolgenden Montag. In der CZ kommentierte Walther Zuzan: „Wie oft haben sie im Brustton der Überzeugung beteuert, bei Leichtwasserreaktoren könne >nach menschlichem Ermessen< überhaupt nichts passieren. Und was sagen sie nun?“ (CZ, 2.4.1979)

Wenige Wochen danach gab Ernst Albrecht am 16. Mai 1979 eine Regierungserklärung ab. Obwohl die geplante Wiederaufbereitungsanlage sicherheitstechnisch realisierbar sei, empfehle er der Bunderregierung, das Projekt nicht weiter zu verfolgen. Eine WAA sei „derzeit politisch nicht durchsetzbar“. Aber Landes- und Bundesregierung hielten fest an der Langzeitzwischenlagerung und den Plänen zur Endlagerung im Gorlebener Salzstock. Der Protest ist geblieben – seit nunmehr 30 Jahren.

Am Pfingstsonntag, den 31.05.09, wird um 15 Uhr, im Rahmen der Kulturellen Landpartie der Film über den Treck im Gasthaus Wiese in Gedelitz gezeigt.

Fotos: Torsten Schoepe (<http://www.wendland-archiv.de>), Celler Markt, 4.4.1979; Hinrich Schultze